

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Israelischer Angriff

Israelische Flugzeuge haben am Montag morgen Stellungen der Palästinenser nördlich der libanesischen Hauptstadt Beirut bombardiert.

### Gegen Südafrika-Sanktionen

Erneut hat die britische Premierministerin Margaret Thatcher Sanktionen gegen Südafrika abgelehnt. An einem Treffen in Montreal mit Kanadas Regierungschef Brian Mulroney wiederholte Margaret Thatcher ihren Standpunkt, dass das Problem der Apartheid durch Verhandlungen gelöst werden müsse.

### Schwardnase in London

Der sowjetische Aussenminister Eduard Schwardnase ist am Montag in London mit seinem britischen Kollegen Geoffrey Howe zusammengetroffen. Mittelpunkt der Gespräche bildeten die neusten sowjetischen Abrüstungsvorschläge und die Aussichten für einen sowjetisch-amerikanischen Gipfel.

## Wir hoffen auf die Toleranz aller Verkehrsteilnehmer

Die Sperrung des Rheindammes für Auto- und Motorradfahrer stösst auf positives Echo

Der Beschluss der Regierung, den Rheindamm mit ein paar kleinen Ausnahmen an Sonn- und Feiertagen für den Auto- und Motorradverkehr zu sperren, hat ein weitgehend positives Echo ausgelöst. Mit dem Fernhalten des motorisierten Verkehrs gehört der Rheindamm ab dem 1. August einmal pro Woche den Fussgängern und Radfahrern. Eine gänzliche Sperrung des Rheindammes an Wochenenden für den Verkehr lässt sich vorerst wegen den Deponien der Gemeinden, die über den Rheindamm erschlossen werden, nicht verwirklichen.

Die Freihaltung des Rheindammes für den Fussgänger- und den Radfahrerverkehr, wie auf dem schweizerischen Damm, stellt ein altes Anliegen verschiedener interessierter Kreise wie dem Verkehrsclub Liechtenstein und der Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) dar. Die von der Regierung verfügte Sperrung an Sonn- und Feiertagen für den motorisierten Verkehr geht jedoch auf eine Eingabe des Radfahrerverbandes zurück, der mit einem entsprechenden Begehren an die Regierung gelangte.

### Freude beim Radfahrerverband

Wie Adolf Heeb, der Präsident des Radfahrerverbandes, auf Anfrage erklärte, ist der Verband sehr erfreut über die von der Regierung getroffene Massnahme, obwohl die Eingabe bereits vor etwa zwei Jahren an die Regierung gemacht wurde. Die Regierung hat sich offensichtlich in diesen zwei Jahren mit dem Problem beschäftigt, denn der damalige Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt gab 1984 auf eine Anfrage von Landtagsvizepräsident Armin Meier die Auskunft, dass die Forderung des Radfahrerverbandes nach Sperrung des Rheindammes an Wochenenden geprüft werde. Dabei gab er zu bedenken, dass eine generelle Sperrung aus verkehrstechnischen Gründen nicht im gleichen Ausmass wie auf der schweizerischen Rheinseite verwirklicht werden könne.

Beim Radfahrerverband, der den entscheidenden Impuls für ein weiteres Überdenken der Situation gab, ist man nach Angaben von Adolf Heeb zufrieden, obwohl die Argumente gegen eine generelle Sperrung von Balzers bis Ruggell nicht durchwegs geteilt werden.

### Kleine Schritte vorwärts

Auch Regierungsrat Wilfried Büchel, als Ressortinhaber für Verkehr für die getroffene Massnahme verantwortlich, hätte gerne eine Sperrung für die gesamte Rheindammstrecke bevorzugt, doch gibt es nach seiner Ansicht verschiedenartige Interessen, die es zu berücksichtigen gilt. Die Sperrung des Rheindammes an Sonn- und Feiertagen kann nach seiner Ansicht als «Politik der kleinen Schritte» angesehen werden, die es ermöglicht, die Forderung nach Freihaltung dieses beliebten Spazier- und Radfahrweges von Autos und Motorrädern weitgehend zu erfüllen.

Das Bemühen in der Zukunft werde, so Regierungsrat Wilfried Büchel, in Richtung gänzliche Sperrung und Errichtung einer reinen Fussgänger- und Radfahrerstrecke gehen. Gesperrt werden für Motorfahrzeuge sollen auch die Wührstrassen, die oft zur Umgehung der Rheindammstrecke benützt werden. Wenn die Massnahmen am 1. August in Kraft treten, werden die notwendigen Beschilderungen für die Sperrung des Rheindammes vorhanden sein. Dann wird es, so meinte Regierungsrat Wilfried Büchel in einem Gespräch, auch notwendig sein, entsprechende Kontrollen durch die Verkehrspolizei durchzuführen. Allerdings verbindet Regierungsrat Büchel mit der Sperrung des Rheindammes und dem damit gezeigten Entgegenkommen an die Fussgänger und Radfahrer die Hoffnung, dass sich alle Verkehrsteilnehmer mit der erforderlichen Toleranz begegnen. Ohne gegenseitige Rücksichtnahme der motorisierten und nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer würden, unterstreicht Regierungsrat Wilfried Büchel, die Massnahmen ihren Zweck nicht ganz erfüllen. (G.M.)

## Zunahme des Schwerververkehrs

Das Verkehrsaufkommen beim Zollamt Schaanwald/Tisis nimmt stetig zu, wobei der Anteil des Schwerververkehrs schneller wächst als der Gesamtverkehr. Diese Zahlen sind vor allem im Hinblick auf die Diskussion über den Bau des Letzetunnels und die Weiterführung der Strasse durch den Eschnerberg zur schweizerischen N13 interessant.

In der Nähe des Zollamtes Schaanwald ist eine automatische Zählstelle installiert, die den Gesamtverkehr misst, aber auch zwischen Schwerverkehr und Personnenwagen unterscheiden kann.

Nach Angaben von Werner Kutschera vom Liechtensteiner Baumt wurden im Jahre 1985 durchschnittlich im Monat zwischen 250000 und 300000 Fahrzeuge registriert, wovon rund 15000 Fahrzeuge des Schwerververkehrs waren.

Das grösste Verkehrsaufkommen ergab sich im August 1985 mit 357381 Fahrzeugen, das geringste im Januar mit 218796 Fahrzeugen.

Jedes Jahr fahren mehr Schwervertransporte über die liechtensteiner-österreichische Grenze. So konnten im Juli 1983 noch 16210 Lastwagen registriert werden, im Juli 1984 waren es bereits 19748 und im Juli 1985 schon 21012.

Aber auch im Winter zeigt sich eine steigende Tendenz: Im Dezember 1983 fuhren 8884 Lastwagen durch, ein Jahr später 9257 und 1985 waren es bereits 11650 Lastwagen. Die Zunahme von 1983 auf 1984 beläuft sich auf 4,2 Prozent, die Zunahme von 1984 auf 1985 weist bereits eine Höhe von 25,9 Prozent auf.

## Wohnbauförderung als wirtschaftspolitischer Faktor

Aus dem Rechenschaftsbericht der Regierung – Zunahme der Objekte in verdichteter Bauweise

Die staatliche Wohnbauförderung entwickelte sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen wirtschafts- und auch beschäftigungspolitischen Faktor für das einheimische Baugewerbe. Nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung wurden im letzten Jahr für Eigenheime, Reihenhäuser, Stockwerkswohnungen, Althäuserrenovierungen und gewerbliche An- und Einbauten ein Bauvolumen von 62150 Kubikmeter bewilligt. Die dafür beantragten Baukosten erreichten eine Summe von 27,4 Millionen Franken.

Trotz dieses recht hohen Auftragsbestandes für die Bauwirtschaft wurden die von der Regierung budgetierten Mittel zur Wohnbauförderung nicht voll ausgeschöpft. Die Berechnungen des Budgets 1985 gingen von der Annahme aus, dass 110 Darlehensnehmer ihre Abrechnung vorlegen würden. Tatsächlich legten jedoch nur 93 ihre Endabrechnung vor, so dass bei einer ausgerichteten Summe von 7,3 Millionen Franken rund 1 Million Franken unausgeschöpft blieb. Damit verringerten sich auch die Subventionszahlungen, die knapp über 1 Million Franken liegen, aber rund 200000 Franken weniger als budgetiert sind.

### Über 2000 Projekte gefördert

Seit der Einführung der staatlichen Wohnbauförderung wurden in unserem Land insgesamt 2077 Wohneinheiten mit Mitteln des Staates gefördert. Die Zahl der geförderten Projekte dürfte damit rund 20 Prozent aller Privathaushaltungen ausmachen. Von den 2077 Darlehensnehmern haben bisher 291 die vom Staat ausgerichtete Förderung zurück-

erhalten, so dass derzeit noch 1786 Darlehensnehmer im Genuss von Förderungsmitteln sind.

Die 2077 geförderten Objekte ergeben einen Darlehensstand von knapp 63 Millionen Franken. Im letzten Jahr kamen 93 neue Finanzierungen hinzu, die gesamt 7,3 Millionen Franken ausmachten. Zu den zinslosen Darlehen werden auch Reihenhau- und Kindersubventionen ausgerichtet, die im letzten Jahr 674000 Franken für die Reihenhäuser und 103000 Franken für die Kinder erreichten.

### Zuwachs bei verdichteter Bauweise

Nach dem Rechenschaftsbericht der Regierung wurden im letzten Jahr 85 neue Darlehen im Rahmen der staatlichen Wohnbauförderung bewilligt. Dabei handelt es sich um 24 (41) Eigenheime, um 4 (5) Eigenheime mit Einliegerwohnung, um 17 (19) Stockwerkswohnungen, um 32 (35) Reihen- und Terrassenhäuser sowie um 5 (6) Althausumbauten. Hinzu kommen noch 5 (4) Bewilligungen für Gewerbeumbauten. Im Vergleich zu den

Vorjahren haben sich die prozentualen Anteile der einzelnen Förderungskategorien verschoben. Der Anteil der Eigenheime ist auf 35 Prozent (43,4 Prozent im Jahre 1984) gesunken, während der Anteil der Stockwerkswohnungen auf 21,3 Prozent (17,9 Prozent) und der Anteil der Reihen- und Terrassenhäuser auf 40 Prozent (33 Prozent) anstieg.

### Probleme bei der Schuldentilgung

Das Aufbringen der Mittel für die jährlichen Tilgungsraten für die zinslosen Darlehen, heisst es im Rechenschaftsbericht der Regierung, scheinen den Darlehensnehmern immer grössere Mühe zu bereiten. Während die Ausstände Ende 1984 noch 173000 Franken betragen, stiegen sie Ende 1985 bereits auf 203000 Franken an. Im letzten Jahr blieben die Zahlungen von 131 Darlehensnehmern aus, aber auch aus dem Jahre 1984 fehlen noch 27 Tilgungsraten, aus dem Jahre 1983 noch 14, aus dem Jahre 1982 noch 10 und aus dem Jahre 1981 noch 1 Rate. Gesamthaft belaufen sich die Tilgungsrückstände auf 11,3 Prozent.

## Neue niederländische Regierung im Amt

Königin Beatrix vereidigte gestern die Minister

Den Haag (spk/dpa) Das zweite Kabinett Ruud Lubbers hat am Montag die Regierungsgeschäfte übernommen. Die neu in die Regierung eintretenden Minister legten am frühen Nachmittag vor Königin Beatrix den Amtseid ab. Die Königin hatte ihren Urlaub in Italien unterbrochen, um Lubbers am Freitag den Auftrag zur Kabinettsneubildung zu geben und die Vereidigung vorzunehmen.

Zuvor war das Kabinett zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. In der neuen Regierung übernehmen die Christlich-Demokraten (CDA) neun (statt bisher acht) der 14 Ressorts. Die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) erhielt fünf (bisher sechs) Minister. Die Machtverschiebung zugunsten des grösseren Partners CDA ist eine Folge des Ausgangs der Wahl vom 21. Mai, bei der die CDA neun Parlamentsmandate hinzugewann, während die VVD neun Mandate verlor. Die CDA stellt den Ministerpräsidenten und die Minister für Finanzen, Inneres, Auswärtiges, Soziales, Unterricht und Wissenschaft, Volksgeundheit, Landwirtschaft/Fischerei und Entwicklungshilfe. Auf die VVD entfallen die Ressorts Wirtschaft, Justiz, Verkehr, Verteidigung und Wohnungsbau.

Die VVD gab das Innenministerium und das Ministerium für Entwicklungshilfe an die CDA ab und erhielt dafür von der CDA das Verteidigungsministerium. Aussenminister Hans van den Broek (CDA) bleibt in seiner Position. Neuer Verteidigungsminister ist der erfahrene 55jährige Politiker Wim van Enkelen (VVD), der zuletzt Staatssekretär für Europa-Fragen im Auswärtigen Amt war.

Mit der Bildung des 19. Nachkriegskabinetts in den Niederlanden ist ein siebenwöchiges Tauziehen um die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Koalitions-Zusammenarbeit in den nächsten vier Jahren beendet worden. Die Verhandlungen wurden durch einen Machtkampf in der VVD erschwert, der zu der Demission des 36jährigen Fraktionsvorsitzenden Ed Nijpels geführt hatte. Nijpels gab den VVD-Fraktionsvorsitz an Rudolf de Korte ab, der gleichzeitig Vizepremier und Wirtschaftsminister wurde. Nijpels wird Wohnungsbauminister im neuen Kabinett.

Bei den Sachfragen haben vor allem Meinungsverschiedenheiten über die Sterbehilfe-Gesetzgebung die Verhandlungen belastet.

## Zu Gast in Schellenberg

Die kleine Unterländer Berggemeinde im Spiegel der Zeitgeschichte

(hoe) – Die kleine Berggemeinde Schellenberg, mit seinen knapp 700 Einwohnern, hat in den letzten Jahren einen positiven Wandel erlebt. Die aufblühende Wirtschaft des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Entstehen von modernen Betriebsstätten, Gewerbebetrieben und Unternehmen des Dienstleistungssektors, hat auch in Schellenberg ihre Spuren hinterlassen. Wie in allen Gemeinden des Landes ging die Landwirtschaft, von der die Familien über Jahrhunderte hinweg gelebt hatten, im gleichen Tempo zurück, wie sich die anderen Volkswirtschaftszweige ausbreiteten.

Heute verdient sich der grösste Teil der berufstätigen Bevölkerung von Schellenberg ihr Auskommen in diesen Betrieben im «Tal». Neben der Förderung des privaten Wohnungsbaues, mit schönen Häusern in idyllischer und ruhiger Lage, hat auch die Gemeinde viele Millionen Franken in Hoch- und Tiefbauprojekte und in

den Ausbau der Infrastruktur investiert. Prunkstück ist das neue Gemeindezentrum mit Verwaltung, Post, Saal, Zivilschutzräumen usw. im Herzen von Schellenberg.

Das Gesicht von Schellenberg hat sich verändert. Doch haben sich diese Veränderungen auch in der Finanzrechnung der Gemeinde bemerkbar gemacht. Wie Vorsteher Edgar Elkuch bei unserem Besuch erklärte, müsse man mit der Finanzpolitik weiterhin auf dem Sparkurs fortfahren und auch inskünftig bemüht sein, jährlich ausgeglichene Haushaltsrechnungen zu präsentieren.

Im Rahmen unserer Serie «Zu Gast», in welcher wir in den nächsten Wochen weitere Gemeinden des Landes vorstellen, werden wir versuchen neben Aktuellem auch spezifische Eigenheiten, eine kurze geschichtliche Betrachtung dieser Gemeinden aufzuzeigen. Schellenberg heute und gestern in geraffter Form finden Sie auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

## Acht Tote in Madrid

Madrid (AP) Bei der Explosion einer Autobombe sind am Montag morgen in Madrid nach Angaben der Polizei acht Insassen eines mit Angehörigen der paramilitärischen Polizeitruppe Guardia Civil besetzten Busses getötet und 35 Personen verletzt worden.

«Der Angriff trägt alle Merkmale der ETA», sagte der Polizeisprecher. Die ETA hatte sich zu einem gleichartigen Anschlag in Madrid am 25. April dieses Jahres bekannt, bei dem fünf Gardisten ums Leben kamen. Seit Beginn ihres Kampfes hat die ETA nach Angaben des Sprechers 140 bis 150 Angehörige der Guardia Civil umgebracht. (Ausführlicher Bericht auf der letzten Seite.)



Unsere Aufnahme, die in diesen Tagen entstand, zeigt einen Teil des Vorderschellenbergs. Im Hintergrund in der Anhöhe das Kloster. (Bild: B.S.)